

# Rote Zonen und alte Märchen

**Baden-Württemberg kündigt Repressionen gegen Demonstranten beim NATO-Gipfel an**

*Von Peter Nowak*

**Anfang April 2009 tagt in Baden-Baden und Straßburg der NATO-Gipfel. Gegner des Treffens befürchten massive Einschränkungen der Grundrechte nach dem Vorbild des Polizeieinsatzes beim G8-Treffen in Heiligendamm im Sommer 2007. Dabei schrecken CDU und Polizei offenbar nicht vor Falschmeldungen zurück.**

Baden-Württemberg bereitet sich seit Monaten auf den bevorstehenden NATO-Gipfel im April vor und die sprichwörtliche Gastfreundschaft steht dabei nicht im Vordergrund. Die »BAO Atlantik« genannte Sonderbehörde der Polizei kündigt regelmäßig weitere Verschärfungen des Sicherheitskonzeptes an. So wurde am Mittwoch in einer Sitzung des Gemeinderats der Stadt Kehl ein »Zonenkonzept« für die Zeit des Gipfels der Öffentlichkeit vorgestellt. Danach dürfen Bewohner einer »Roten Zone« ihre Häuser nur nach vorheriger Unterrichtung der Polizei verlassen und jeder Besuch muss bei der Polizei angemeldet werden.

Sämtliche Proteste sind in dieser Hochsicherheitszone während der Gipfeltage vom 2. bis 4. April verboten. Die Behörde will außerdem keine großen unkontrollierten Camps für die Unterbringung der NATO-Gegner während der Veranstaltung zulassen, was große Proteste hervorrief.

In die Kritik der NATO-Gegner ist auch Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) geraten. Dieser hatte in Bezug auf die erwarteten Demonstranten erklärt: »Wenn die schwer bewaffnet ankommen, dann sperre ich die weg für die Zeit. Da bin ich auch nicht zimperlich«. »Die extremistischen Äußerungen von Rech sollen wie vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm eine Stimmung produzieren, in der die polizeilichen Maßnahmen als unausweichlich dargestellt werden können«, entgegnet NATO-Gegnerin Hannah Jobst.

Mit Bezug auf eine Anhörung im Innenausschuss des Landtages von Baden-Württemberg bemängeln die Organisatoren der Gegenproteste außerdem, dass der gesamte Einsatz der Polizei für den Gipfel auf alten Falschmeldungen basiere. Die Anhörung erfolgte anlässlich einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion, in der sie längst widerlegte Fehlinformationen wiederholte, sagt Jobst. So wurde behauptet, dass 500 Polizisten während der Protesttage in Heiligendamm schwer verletzt worden seien. Dabei habe der damalige Polizeisprecher Axel Falkenberg schon vor einem Jahr eingeräumt, dass es sich dabei um Falschmeldungen handelte. Er bestätigte, dass von der Pressestelle jeder Polizist, der sich aus welchen Gründen auch immer während der Gipfeltage ärztlich behandeln lassen musste, als schwer verletzt ausgegeben wurde. Der Hauptkommissar leitete die Pressearbeit der Kavala – einer eigens für den G8-Gipfel aufgestellten Einheit aus 16 000 Polizisten. »Die Öffentlichkeit fühlte sich von mir oft falsch informiert – und zwar zu Recht«, gab Falkenberg zu.

»Aus zwei verletzten Polizisten wurden gleich Dutzende Schwerverletzte – die Medien verbreiteten auch diese Meldung«, schrieben zwei Journalisten, die die Gipfelproteste und die Polizeieinsätze beobachtet hatten, in dem im Campus-Verlag herausgegebenen Buch »Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien«. Für die NATO-Gegner ist es daher umso unverständlicher, dass diese Behauptungen zur Grundlage der Polizeistrategie beim NATO-Gipfel gemacht werden